

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXIII
<i>Musterverzeichnis</i>	XXVII

Teil 1

Das Mandat des Strafverteidigers

I. Der Wahlverteidiger	1
1. Der Abschluss des Anwaltsvertrages	1
2. Berufsrechtliche Pflichten bei der Mandatsübernahme	2
3. Die Vollmacht	3
4. Mandantendaten	5
5. Daten der Verfahrensbeteiligten	7
6. Erklärungen über die Entbindung von der Schweigepflicht	7
7. Mandatsbedingungen	8
8. Die Vergütung	10
9. Die Ablehnung des Mandates	12
a) Mandatsablehnung wegen des Gegenstandes des Mandates? ..	12
b) Mandatsablehnung wegen der dem Verteidiger intern offenbarten Schuld des potentiellen Mandanten?	13
c) Exkurs: Aufgaben der Strafverteidigung im Gefüge des Strafverfahrens	14
aa) Verteidiger als Garant für ein faires, rechtsstaatliches Verfahren	14
bb) Der Verteidiger als streng parteilicher Beistand und der Zweifelssatz	15
cc) Fazit	16
d) Mandatsablehnung aus rechtlichen Gründen	17
e) Mandatsablehnung aus anderen Gründen	17
10. Die Vertragspflichten des Verteidigers	18
a) Die Sachaufklärungspflicht	18
b) Die Pflicht zur Akteneinsicht	19
c) Pflicht des Verteidigers zu eigenen Ermittlungen?	19
d) Die Pflicht zur umfassenden Rechtsprüfung	19
e) Beratungs- und Belehrungspflicht	20
11. Die zivilrechtliche Haftung des Strafverteidigers	21

II. Die Pflichtverteidigung	23
1. Das Wesen der Pflichtverteidigung	23
2. Der Zustand der Pflichtverteidigung	25
3. Die Fälle der notwendigen Verteidigung	26
a) Der Katalog des § 140 Abs. 1 StPO	26
b) Die notwendige Verteidigung nach der Generalklausel des § 140 Abs. 2 StPO	29
aa) Die Schwere der Tat	29
bb) Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage	30
cc) Exkurs: Das „Recht“ des Beschuldigten auf Akteneinsicht	31
dd) Verteidigungsunfähigkeit	32
ee) Notwendige Verteidigung im Jugendstrafverfahren	33
4. Die Bestellung des Pflichtverteidigers	33
a) Die Auswahl des Verteidigers	33
aa) Interessenkollision als „wichtiger Grund“	35
bb) Der „auswärtige“ Pflichtverteidiger	36
cc) Das Problem des „Zwangverteidigers“	36
dd) Die Auswahl des Pflichtverteidigers bei fehlender Bezeichnung durch den Angeklagten	37
b) Rückwirkende und stillschweigende Bestellung des Pflicht- verteidigers?	39
5. Die Rücknahme der Bestellung aus „wichtigem“ Grund	40
a) Rücknahme der Bestellung wegen „Missbrauchs“ prozessualer Rechte	40
b) Rücknahme der Bestellung aus „wichtigem Grund“ wegen Terminkollision	42
c) Der vom Beschuldigten gewünschte Pflichtverteidiger- wechsel	44
aa) Einseitig gewünschter Pflichtverteidigerwechsel	44
bb) Auswechslung des „aufgedrängten“ Pflichtverteidigers	44
cc) Beidseitig gewünschter Pflichtverteidigerwechsel	45
6. Zeitpunkt der Bestellung – Bestellung im Ermittlungsverfahren ..	45
a) Die Ansicht des BGH	45
b) Kritik	46
7. Rechtsmittel gegen Entscheidungen über die Verteidiger- bestellung	47
III. Zulässiges und unzulässiges Verteidigerhandeln	49
1. Einleitung	49
2. Die rechtliche Stellung des Verteidigers	50
a) Die Organtheorie	50
b) Die eingeschränkte Organtheorie	51

c) Parteiinteressenvertretertheorie (auch Vertragstheorie)	52
d) Fazit	52
3. Die Kasuistik der h.M. hinsichtlich der Strafvereitelung gem. § 258 StGB und verwandter Delikte	53
a) Grundsätzliches	53
aa) Auskunft	53
bb) Beratung	53
cc) Kontakt mit dem inhaftierten Mandanten	55
dd) Information des Mandanten über den Akteninhalt	55
b) Kontakt zu Zeugen und Strafantragsberechtigten	56
c) Unterdrückung, Verfälschung und Vernichtung von Sachbeweisen	58
4. Ehrdelikte	59
a) Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	59
aa) Werturteile	59
bb) Tatsachenbehauptungen	60
cc) Vermischung von Tatsachen und Werturteilen	60
b) Schranken der Meinungsfreiheit	61
c) Wahrnehmung berechtigter Interessen gem. § 193 StGB	62
d) Sachlichkeitsgebot gem. § 43a Abs. 3 BRAO	63
e) Fazit	63
5. Geldwäsche durch die Annahme von Verteidigerhonorar	64
a) Ansatzmöglichkeiten zur Begrenzung des Tatbestands	64
aa) Tatbestandslösung	64
bb) Vorsatzlösung	65
cc) Rechtfertigungslösung	66
b) Keine Einschränkung der Verteidigerstrafbarkeit nach der Rspr. des BGH	66
c) Die Korrektur durch das BVerfG	67
6. Verteidigerausschluss gem. §§ 138a ff. StPO	67
a) Anwendungsbereich der Regelungen des Verteidiger- ausschlusses	67
b) Die Ausschlussgründe	68
c) Das Ausschlussverfahren	69
d) Entscheidung über den Verteidigerausschluss	71
IV. Die Vergütung des Verteidigers	71
1. Die gesetzliche Vergütung	71
a) Die gesetzliche Vergütung des Wahlverteidigers	71
aa) Die Kriterien des § 14 RVG	71
(1) Umfang der anwaltlichen Tätigkeit	72
(2) Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit	72
(3) Bedeutung der Angelegenheit	73

(4) Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Auftraggebers	73
(5) Haftungsrisiko des Anwalts	74
bb) Die einzelnen Gebühren des RVG	74
(1) Die Grundgebühr gem. Nr. 4100 VV RVG	74
(2) Die Verfahrensgebühren	74
(3) Terminsgebühren	75
(a) Termine außerhalb der Hauptverhandlung	75
(b) Hauptverhandlungstermine	75
(4) Zuschläge bei der Verteidigung des inhaftierten Mandanten	76
(5) Erledigungs- oder Befriedigungsgebühr (Nr. 4141 VV RVG)	76
b) Die gesetzliche Vergütung des Pflichtverteidigers	77
c) Der Anspruch des Wahlverteidigers auf Zahlung eines Vorschusses	78
d) Die Pauschalgebühr	80
2. Die Vergütungsvereinbarung	83
a) Die formellen Voraussetzungen der Vergütungsvereinbarung ..	83
b) Der Mindestinhalt der Vergütungsvereinbarung	84
c) Die Arten der Vergütungsvereinbarung	84
aa) Pauschalgebühr	84
bb) Zeitvergütung	85
cc) Kombination von Zeit- und Pauschalvergütung	86
dd) Vereinbarung eines mehrfachen Satzes der gesetzlichen Vergütung	87
d) Das Urteil des BGH vom 27.1.2005 und seine Konsequenzen ..	88

Teil 2

Verteidigung im Ermittlungsverfahren

I. Der erste Kontakt zum Mandanten und Sofortmaßnahmen des Verteidigers	91
1. Der Mandant „auf freiem Fuß“	91
a) Gegenstand des Mandats	91
b) Information und Beratung des Mandanten	92
aa) Kurzer Exkurs zum Schweigerecht des Beschuldigten	93
bb) Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	93
cc) Ladung des Mandanten zur Vernehmung als Zeuge – Vorfeldverteidigung	95
dd) Vernehmung des vorläufig festgenommenen Beschuldigten; Ladung zur Vernehmung und zur erkennungsdienstlichen Behandlung	99

(1) Beweisverwertungsverbot bei Verletzung des Verteidigerkonsultationsrechts?	100
(2) Geltung des Zweifelssatzes bei dem Nachweis von Verfahrensverstößen?	104
(3) Die qualifizierte Beschuldigtenbelehrung	105
(4) Exkurs: Fernwirkung von Beweisverwertungsverboten	106
c) Durchsetzung der Anwesenheit des Verteidigers bei der ED-Behandlung	108
2. Kontaktaufnahme zu dem Mandanten in Untersuchungshaft	109
a) Besonderheiten des Haftmandats	109
b) Formalien der Mandatsanbahnung beim inhaftierten Mandanten	109
c) Belehrung und Beratung des inhaftierten Mandanten	111
3. Kontaktaufnahme zum Mandanten im Polizeigewahrsam	112
a) Beratung des Mandanten über seine Rechte als Beschuldigter	112
b) Fundamental wichtig: Sofortiges Erscheinen des Verteidigers bei der Polizei	112
c) Kontaktaufnahme bei dem von der Polizei aufgrund eines Haftbefehls ergriffenen Mandanten	113
4. Kontaktaufnahme zu dem „durchsuchten“ Mandanten	114
a) Telefonische Erstberatung des Mandanten	114
b) Verteidigungsmaßnahmen am Durchsuchungsort	115
II. Informationsbeschaffung	119
1. Akteneinsicht	119
a) Zeitpunkt der Akteneinsicht und Rechtsmittel bei ihrer Versagung	119
aa) Akteneinsicht als Grundlage einer jeden Verteidigung	119
bb) Antrag auf Gewährung von Akteneinsicht	119
cc) Form der Gewährung von Akteneinsicht	122
dd) Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei Versagung der Akteneinsicht	123
ee) Zulässigkeit der Beschwerde gegen Entscheidungen des erkennenden Gerichts betreffend das Akteneinsichtsrecht?	124
ff) Strategien bei Verweigerung der Akteneinsicht	125
(1) Durchsetzung des Akteneinsichtsrechts beim Vollzug von Untersuchungshaft	125
(2) Durchsetzung der Akteneinsicht bei Beschwerde gegen strafprozessuale Grundrechtseingriffe	127
b) Umfang der Akteneinsicht: Auch Einsicht in polizeiliche „Spurenakten“?	129
c) Behandlung der Akten	130

a) Exkurs: Mitteilung des Akteninhalts bei drohender Zwangsmaßnahme?	131
bb) Umfang des Aktenauszuges	132
d) Arbeit mit den Akten	133
2. Der Mandant als Informationsquelle	134
3. Zeugen als Informationsquelle	137
a) Das Recht des Verteidigers auf Befragung von Zeugen	137
b) Der Umgang des Verteidigers mit Zeugen	138
aa) Schriftliche oder mündliche Zeugenbefragung?	138
bb) Zeugenbelehrung und Aufzeichnung der Befragung	140
4. Die Beauftragung von Sachverständigen	141
a) Grundsätzliches	141
b) Psychologische Hürden	141
c) Ermittlung des geeigneten Sachverständigen	142
d) Die Kostenfrage	142
e) Kurzer Exkurs: Das Problem der Schweigepflicht des Sachver- ständigen	143
5. Sonstige Ermittlungen des Verteidigers	143
III. Verteidigungsziel: Vermeidung einer Hauptverhandlung	144
1. Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens	144
a) Einleitung	144
b) Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts gem. § 170 Abs. 2 StPO	145
aa) Argumentation gegenüber der Staatsanwaltschaft	145
bb) „Einlassung“ im Ermittlungsverfahren	147
cc) Beweisanträge im Ermittlungsverfahren	147
c) Einstellung aus Opportunitätsgründen, §§ 153 ff. StPO	149
aa) Allgemeines	149
bb) Einstellung wegen geringer Schuld gem. § 153 StPO	150
cc) Einstellung gegen Auflagen und Weisungen gem. § 153a StPO	151
dd) Einstellung durch Teilverzicht auf Strafverfolgung gem. §§ 154 f. StPO	153
ee) Einstellung bei Schadenswiedergutmachung gem. § 153b StPO	153
ff) Resümee	153
2. Strafbefehlsverfahren	154
IV. Die Äußerung des Mandanten zur Sache	155
1. Verteidigung durch Reden oder durch Schweigen?	155
2. Der Grundsatz: Schweigen!	156
3. Der schweigende Angeklagte	158

4.	Zurechnung von Erklärungen des Verteidigers?	160
a)	Verteidigererklärungen in der Hauptverhandlung	160
b)	Erklärungen tatsächlicher Art im Verteidigerschriftsatz	162
c)	Beweisbehauptungen als Äußerung zur Sache?	163
5.	Der teilschweigende Angeklagte	163
6.	Zeitpunkt der Äußerung zur Sache	163
a)	Weiterer Grundsatz: Vorherige Akteneinsicht	163
b)	Äußerung im Ermittlungs- und Zwischenverfahren	164
c)	Äußerung in der Hauptverhandlung	164
7.	Art und Weise der Äußerung zur Sache	165
a)	Äußerung im Ermittlungsverfahren	165
b)	Äußerung in der Hauptverhandlung	166
aa)	Persönliche Vernehmung des Angeklagten	166
bb)	Verlesung einer schriftlichen Einlassung	167
cc)	Schriftliche Einlassung als verlesbare Urkunde	169
V.	Die Abwehr prozessualer Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren	170
1.	Einleitung	170
2.	Erkennungsdienstliche Behandlung	171
a)	Voraussetzungen	171
b)	Prüfung des Zweckes der Maßnahme	172
c)	Das Vorgehen gegen die Anordnung der erkennungsdienstlichen Behandlung	173
d)	Vernichtung erkennungsdienstlicher Unterlagen	174
e)	Sonderproblem: Gegenüberstellung zur Identifizierung	175
3.	Durchsuchung und Beschlagnahme	177
a)	Verteidigungsaktivitäten bei laufender Durchsuchung	177
b)	Rechtsmittel gegen die Durchsuchung	178
4.	Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	182
VI.	Verteidigung des inhaftierten Beschuldigten	185
1.	Grundsätzliches	185
2.	Informationsbeschaffung in Haftsachen	185
3.	Die Voraussetzungen der Untersuchungshaft und Verteidigungsansätze	186
a)	Formell wirksamer Haftbefehl	186
b)	Dringender Tatverdacht	187
c)	Verhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft	191
d)	Haftgründe	192
aa)	Flucht	192
bb)	Fluchtgefahr	192
cc)	Verdunkelungsgefahr	194
dd)	Schwere der Tat	195

ee) Wiederholungsgefahr	196
ff) Untersuchungshaft im Jugendstrafverfahren	196
4. Rechtsbehelfe gegen Anordnung und Vollzug von U-Haft	197
a) Grundsätzlich: Wann soll der Verteidiger gegen die Untersuchungshaft vorgehen?	197
b) Die Haftprüfung auf Antrag des Beschuldigten	198
c) Die Haftbeschwerde	198
d) Haftprüfung des OLG gem. §§ 121 f. StPO	199
e) Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls im Hauptverfahren	200

Teil 3

Verteidigung im Zwischenverfahren

I. Sinn und Zweck des Zwischenverfahrens	201
1. Die Theorie	201
2. Die Praxis	201
II. Ablauf des Zwischenverfahrens	203
III. Inhalt der Anklageschrift	206
IV. Folgen der Mangelhaftigkeit der Anklageschrift	209
1. Die Auffassung der h.M. in Rspr. und Lit	209
2. Kritik	210
V. Entscheidung des Gerichts	211
1. Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	211
2. Eröffnung des Hauptverfahrens	211
VI. Verteidigungsaktivitäten im Zwischenverfahren	212
1. Grundsätzliches	212
2. Einzelne Verteidigungsmaßnahmen im Zwischenverfahren	213
a) Einwände gegen formelle Mängel der Anklage	213
b) Geltendmachung von Verfahrenshindernissen	214
c) Einwände gegen die Subsumtion des Sachverhaltes unter das Strafgesetz	214
d) Einwände gegen den hinreichenden Tatverdacht	214
e) Mitteilung einer (geplanten) Einlassung	215
f) Anregung, das Verfahren aus Opportunitätsgründen einzustellen	216
g) Beweisantrag im Zwischenverfahren	216
h) Erörterungsgespräch nach § 202a StPO	216
3. Resümee	216

Teil 4

Verteidigung in der Hauptverhandlung

I. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung	217
1. Definition des Verfahrensziels	218
2. Erarbeitung einer Verteidigungsstrategie	219
a) Sockelverteidigung	219
b) Grundlegende Weichenstellung: Strafmaßverteidigung oder Freispruchverteidigung	221
3. Umsetzung der Verteidigungsstrategie bei der Vorbereitung der Hauptverhandlung	222
a) Einreichung einer Verteidigungsschrift	222
aa) Ankündigung Einlassung	223
bb) Darlegung der Verteidigungsargumente	223
cc) Erörterung schwieriger Sach- und Rechtsfragen	224
dd) Beweisanträge	226
ee) Geltendmachung von Beweisverwertungsverboten	227
b) Stellen vorbereitender prozessualer Anträge	229
aa) Einleitung	229
bb) Antrag auf Reisekostenvorschuss	229
cc) Antrag auf Beiziehung eines Dolmetschers	230
dd) Anträge auf Pflichtverteidigerbestellung	230
ee) Anträge betreffend die Terminierung	230
ff) Antrag auf Mitteilungen eines Ladungsplans	233
c) Teilnahme an einem Abstimmungsgespräch gem. § 213 Abs. 2 StPO	234
d) Vorbereitung prozessualer Anträge	235
aa) Einleitung	235
bb) Zuständigkeitsrügen	235
(1) Einführung	235
(2) Sachliche Zuständigkeit	236
(3) Örtliche Zuständigkeit	237
(4) Funktionelle Zuständigkeit	238
(5) Taktische Erwägungen	239
cc) Besetzungsrüge	239
(1) Allgemeines	239
(2) Besetzungsmitteilung und Unterbrechungsantrag zur Prüfung der Besetzung	240
(3) Prüfung der Gerichtsbesetzung	241
(a) Allgemeines	241
(b) Berufsrichter	242
(c) Schöffen	244

(4) Zeitpunkt und Form der Besetzungsrüge	245
(5) Taktische Überlegungen	246
dd) Der Ablehnungsantrag	247
(1) Einleitung	247
(a) Grundsätzliches	247
(b) Abzulehnende Verfahrensbeteiligte	249
(c) Ablehnungsberechtigte	250
(2) Ablehnungsgründe	250
(a) Allgemeines	250
(b) Ablehnung wegen eines gesetzlichen Ausschluss- grundes	250
(c) Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	251
(3) Zeitpunkt des Ablehnungsantrages	253
(a) Zeitpunkt der Ablehnung des ausgeschlossenen Richters	253
(b) Zeitpunkt der Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	253
(4) Ablehnungsverfahren	257
(a) Ablehnungsantrag	257
(b) Unaufschiebbare Amtshandlung, § 29 StPO	258
(c) Die dienstliche Äußerung des abgelehnten Richters gem. § 26 Abs. 3 StPO	259
(d) Entscheidung über den Ablehnungsantrag	260
ee) Aussetzungsanträge	263
(1) Allgemeines	263
(2) Aussetzungsantrag wegen Ladungsmängel	265
(a) Nichteinhaltung der Ladungsfrist	265
(b) Mängel bei der Ladung des inhaftierten Angeklagten	266
(3) Aussetzung wegen Nichtgewährung von Akteneinsicht oder unzureichender bzw. verspäteter Akteneinsicht	267
(4) Wegen verspäteter oder unzureichender Namhaft- machung von Zeugen	269
ff) Anträge zur Sitzordnung	270
gg) Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes	271
hh) Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit	274
ii) Beweisanträge	275
e) Beratung des Mandanten in Bezug auf die Hauptverhandlung	275
II. Die Verteidigung in der Hauptverhandlung	276
1. Einführung	276
2. Ablauf der Hauptverhandlung im Überblick	277

3. Verfahrensgrundsätze in der Hauptverhandlung	278
a) Öffentlichkeitsgrundsatz	278
b) Mündlichkeitsgrundsatz	278
c) Unmittelbarkeitsgrundsatz	279
4. Die Verständigung im Strafverfahren – Der Deal	280
a) Einführung	280
b) Das Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren	281
c) Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19.3.2013	284
d) Verteidiger und Verständigung	286
5. Die Verspätung des Verteidigers	287
6. Das äußere Erscheinungsbild des Verteidigers	287
7. Das äußere Erscheinungsbild des Mandanten	288
8. Anwesenheit des Angeklagten	289
a) Grundsatz	289
b) Ausbleiben des Angeklagten	289
c) Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht	289
9. Sitzordnung	291
10. Anträge zum Beginn der Hauptverhandlung	295
11. Vernehmung zur Person	296
12. Verlesung des Anklagesatzes	296
13. Das „opening statement“	297
14. Vernehmung des Angeklagten zur Sache und ihre Surrogate	299
15. Einführung früherer Erklärungen des Angeklagten in die Beweisaufnahme	299
a) Verlesung von Vernehmungsniederschriften und die Ein- vernahme des Vernehmungsbeamten	299
b) Beweisverwertungsverbote	300
16. Die Beweisaufnahme	304
a) Grundsätzliches	304
b) Streng- und Freibeweisverfahren	305
c) Gerichtliche Aufklärungspflicht	305
d) Numerus clausus der Beweismittel	307
aa) Der Zeugenbeweis	307
(1) Zeugenbegriff	307
(2) Ausschluss des Zeugenbeweises aufgrund der Verfahrensrolle	308
(a) Beschuldigter und Mitbeschuldigter	308
(b) Die weiteren Verfahrensbeteiligten	309
(3) Zeugenpflichten und deren Einschränkungen	310
(a) Erscheinungspflicht	310
(b) Aussagepflicht	311
(c) Eidespflicht	311

bb) Sachverständigenbeweis	312
(1) Begriff des Sachverständigen	312
(2) Gegenstand des Sachverständigenbeweises	313
(3) Auswahl des Sachverständigen	314
(4) Ablehnung des Sachverständigen	315
cc) Urkundenbeweis und Augenschein	318
(1) Gegenstand und Unterschied von Urkunden- und Augenscheinbeweis	318
(2) Zulässigkeit des Urkundenbeweises – Vorrang des Personalbeweises	319
e) Beweisverwertungsverbote	320
aa) Beweisverbote	320
bb) Unterteilung der Beweisverbote	320
cc) Die „Abwägungslehre“ der Rspr	321
f) Das Beweisantragsrecht	322
aa) Der Beweisantrag	322
(1) Einleitung	322
(2) Definition des Beweisantrages	323
(3) Die Bestandteile des Beweisantrages	323
(a) Beweistatsache	323
(b) Beweismittel	326
(c) Die „Konnexität“	330
(4) Bedingter Beweisantrag und Hilfsbeweisantrag	331
bb) Form des Beweisantrages	332
cc) Zeitpunkt des Beweisantrages	333
dd) Beweisermittlungsantrag und Beweisanregung	335
ee) Entscheidung über den Beweisantrag	336
(1) Allgemeines	336
(2) Die Ablehnungsgründe	337
(a) Unzulässigkeit der Beweiserhebung, § 244 Abs. 3 S. 1 StPO	338
(b) Offenkundigkeit der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	338
(c) Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	338
(d) Erwiesensein der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	339
(e) Völlige Ungeeignetheit des Beweismittels, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	339
(f) Unerreichbarkeit des Beweismittels, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	339
(g) Verschleppungsabsicht, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	340

(h) Wahrunterstellung, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	340
(i) Ablehnung der Vernehmung eines Sachverständigen, § 244 Abs. 4 StPO	341
(j) Ablehnung der Einnahme eines Augenscheins, § 244 Abs. 5 S. 1 StPO	343
(k) Ablehnung der Vernehmung eines Auslandszeugen, § 244 Abs. 5 S. 2 StPO	344
(l) Präsenzes Beweismittel und Selbstladungsrecht	344
g) Verteidigeraktivitäten in der Beweisaufnahme	348
aa) Die Zeugenvernehmung	348
(1) Einführung	348
(2) Zeugenbelehrung	349
(a) Allgemeine Belehrung des Zeugen	349
(b) Belehrung nach § 52 StPO	349
(c) Belehrung von Berufsheimnisträgern (§§ 53, 53a StPO)?	350
(d) Vernehmung von Richtern und Beamten und Aussagegenehmigung nach § 54 StPO	351
(e) Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO	353
(3) Ablauf der Vernehmung	356
(a) Befragung zur Person	356
(b) Vernehmung zur Sache	357
(4) Das Fragerecht des Verteidigers	364
(a) Befragungstechnik	364
(b) Sonderproblem: Befragung von Polizeibeamten	365
(c) Reaktion auf Störungen des Fragerechts	367
(5) Vereidigung und Entlassung des Zeugen	370
bb) Die Vernehmung des Sachverständigen	372
cc) Gegenüberstellungen in der Hauptverhandlung	374
17. Festschreibung von Beweisergebnissen	376
a) Einleitung	376
b) Antrag auf wörtliche Protokollierung	377
c) Der affirmative Beweis Antrag	378
d) Die Einlassung des Mandanten als nach § 249 StPO verlesbare Urkunde	378
18. Der Schlussvortrag (§ 258 Abs. 1, 3 StPO)	378
19. Letztes Wort	381
20. Verteidigung vor und nach der Urteilsverkündung	382

Teil 5

Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren

I. Strafbefehlsverfahren	383
1. Charakter des Strafbefehlsverfahrens	383
2. Voraussetzungen für den Erlass eines Strafbefehls	383
a) Zulässigkeit	383
b) Zuständigkeit	384
c) Festsetzbare Rechtsfolgen	384
3. Inhalt des Strafbefehls	384
4. Verfahrensablauf	385
5. Einspruch	387
6. Hauptverhandlung nach Einspruch	388
7. Übergangsmöglichkeiten von der Hauptverhandlung ins Strafbefehlsverfahren	390
8. Vor- und Nachteile des Strafbefehlsverfahrens	390
9. Verteidigungsgrundsätze im Strafbefehlsverfahren	391
II. Das beschleunigte Verfahren	393
1. Allgemeines	393
2. Zulässigkeit	393
3. Eignung	393
4. Form	394
5. Gericht	395
6. Ladung, Hauptverhandlung und Rechtsmittel	395
7. Hauptverhandlungshaft	396
8. Resümee	397

Teil 6

Verteidigung im Rechtsmittelverfahren

I. Allgemeine Grundsätze	399
1. Zulässigkeit des Rechtsmittels	399
a) Statthaftigkeit	399
b) Beschwerde	400
aa) Beschwerde der Staatsanwaltschaft	400
bb) Beschwerde des Beschuldigten/Angeklagten	400
c) Frist und zuständiges Gericht	401
d) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	401
e) Begründung des Rechtsmittels	402
2. Vorsorgliche und unbestimmte Einlegung von Rechtsmitteln gegen Urteile	403
3. Wirkung der Rechtsmittel	405
4. Verbot der reformatio in peius	405

5. Beschränkung des Rechtsmittels	405
6. Rücknahme und Verzicht	406
7. Wahl des Rechtsmittels gegen ein Urteil	407
II. Beschwerde	409
1. Statthaftigkeit	409
2. Statthaftigkeit der Beschwerde gegen Entscheidungen des erkennenden Gerichts	409
a) Akteneinsicht	409
b) Terminverlegung	410
c) Pflichtverteidigung	410
3. Zuständigkeit	411
4. Einlegung der Beschwerde	411
5. Entscheidung	412
6. Sofortige Beschwerde	412
7. Weitere Beschwerde	412
III. Berufung	413
1. Vorbereitung des Berufungsverfahrens	413
2. Berufungsbegründung und Zeitpunkt der Beschränkung der Berufung	414
3. Berufungshauptverhandlung	415
a) Ausbleiben des Angeklagten	415
b) Vortrag des Berichterstatters und Verlesung des Urteils erster Instanz	418
c) Beweisaufnahme	419
d) Schlussvortrag	419
IV. Revision	420
1. Beratung des Mandanten	420
2. Zulässigkeit der Revision	421
a) Statthaftigkeit	421
b) Beschwer	421
c) Frist und Form der Revisionseinlegung	422
d) Frist und Form der Revisionsbegründung	423
3. Die Revisionsbegründung	423
a) Der Revisionsantrag	424
b) Die Revisionsgründe	424
aa) Verfahrensrüge	425
bb) Relative Revisionsgründe	426
cc) Absolute Revisionsgründe	426
dd) Sachrüge	428
4. Die Entscheidung des Revisionsgerichts	430
a) Beschluss	430

Inhaltsverzeichnis

aa) Beschluss durch den iudex a quo	431
bb) Beschluss durch das Revisionsgericht	431
b) Urteil	431
c) Inhalt der Entscheidung	431
<i>Literaturverzeichnis</i>	433
<i>Stichwortverzeichnis</i>	439